



Nr. 12

2. April 2015

Inhalt

[Tarifabschluss Landesbeschäftigte - Russ: Einigung jetzt auf Landesbeamte übertragen+++](#)

[dbb jugend zur Tarifeinigung: Nachwuchsgewinnung gestärkt+++](#)

[dbb Chef lehnt „unwürdige Feilscherei“ ab - Tarifabschluss auf Landes- und Kommunalbeamte übertragen+++](#)

[Tarifeinigung für Lehrkräfte: Tarifpolitik verantwortlich gestalten – Entgeltordnung weiterentwickeln+++](#)

[dbb begrüßt erste Länder-Entscheidungen zur Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten-und Versorgungsempfänger+++](#)

[Wildfeuer: Lohnlücke im öffentlichen Dienst durch geschlechtergerechte Beurteilungen verringern+++](#)

[Wildfeuer: Lohnlücke im öffentlichen Dienst durch geschlechtergerechte Beurteilungen verringern+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Tarifabschluss für die Beschäftigten der Länder: dbb Landesbünde nehmen Stellung und fordern Übertragung auf Beamte und Versorgungsempfänger+++](#)

[Tarifeinigung Länderbeschäftigte: VBE begrüßt Einstieg in Entgeltordnung für Lehrkräfte+++](#)

[Warnstreiks bei der Deutschen Post - DPVKOM: fordert Bemessungstarifvertrag und Arbeitszeitverkürzung+++](#)

[DPoIG befürwortet europaweite Durchführung des „Blitz-Marathons“+++](#)

[„Blitz-Marathons“+++](#)

[dbb berlin weist versuchte Diffamierung des stellvertretenden Landesvorsitzenden zurück+++](#)

[dbb berlin weist versuchte Diffamierung des stellvertretenden Landesvorsitzenden zurück+++](#)

[tbb Spitze führte erste Amtsgespräche mit Landwirtschaftsministerin Birgit Keller und Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Tarifabschluss Landesbeschäftigte - Russ: Einigung jetzt auf Landesbeamte übertragen

(dbb) Die Einigung in den Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) am 28. März 2015 in Potsdam hat der Zweite Vorsitzende und Verhandlungsführer des dbb beamtenbund und tarifunion, Willi Russ, als tragfähigen Kompromiss bezeichnet: „Die lineare Einkommenserhöhung um durchschnittlich 4,61 Prozent, mindestens 75 Euro, stellt sicher, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder in den kommenden zwei Jahren einen echten Reallohngehalt verbuchen können und Anschluss an die Einkommensentwicklung bei Bund und Kommunen halten. Das war für uns der zentrale Benchmark.“

„Die Arbeitgeber haben hier lange gemauert und sich erst durch den Druck der Warnstreiks in den letzten Tagen eines Besseren belehren lassen. Jetzt kommt es darauf an, dieses gute Tarifiergebnis auf die Beamtinnen und Beamten der Länder zu übertragen. Die Einkommensrunde Länder 2015 ist erst dann wirklich abgeschlossen“, so Russ weiter.

Beide Seiten hätten zudem Flexibilität in zentralen strukturellen Fragen bewiesen. Russ: „Die Gewerkschaften haben für die Zukunftssicherung der Zusatzversorgung eine Erhöhung des Arbeitnehmerbeitrags akzeptiert, Einschnitte ins Leistungsrecht konnten verhindert werden und beim Thema Lehrereingruppierung haben die Arbeitgeber zur Kenntnis genom-

men, dass die Zeiten einseitiger Arbeitnehmerrichtlinien vorbei sind. Nach sechs Jahren teilweise zäher Verhandlungen haben wir dazu jetzt erstmals einen umfassenden Tarifvertrag und den konkret verabredeten Einstieg hin zur Paralleltabelle. Damit fallen endlich auch die 200 000 Lehrerinnen und Lehrer unter den Flächentarifvertrag.“

Weitere Informationen zum Ergebnis der Einkommensrunde sowie vorläufige Entgelttabellen, im Internet auf der dbb-Sonderseite zur Einkommensrunde 2015:
<http://www.dbb.de/themen/einkommensrunde-2015/>
(01/12/15)

dbb jugend zur Tarifeinigung: Nachwuchsgewinnung gestärkt

(dbb) Die dbb jugend-Vorsitzende Sandra Kothe hat die Tarifeinigung am 28. März 2015 in Potsdam grundsätzlich positiv bewertet: „Schon mit Blick auf die nötige Nachwuchsgewinnung im Landesdienst begrüßen wir die überproportionale Einkommenserhöhung für die Auszubildenden. Mit den beiden Steigerungsschritten um je 30 Euro in 2015 und 2016 können im Einzelfall für die Kolleginnen und Kollegen bis zu 8 Prozent Erhöhung herauskommen.“ Darüber hinaus sei vor allem die Erhöhung der Zahl der Urlaubstage für Auszubildende auf 28 Tage, im Pflegebereich sogar auf 29 Tage, ein wichtiger und überfälliger Schritt auf dem Weg hin zu einem angemessenen Ausgleich für die Belastungssituation in der beruflichen Ausbildung.

Skeptischer bewertete Sandra Kothe, dass die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) lediglich bereit war, die bestehenden Übernahmeregelungen für Auszubildende zu verlängern: „Die Arbeitgeber haben damit leider wieder einmal gezeigt, dass sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt haben. Sicherheit und Perspektive sind

Kernbegriffe für junge Menschen bei der Berufswahl und damit auch entscheidende Faktoren für die Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst. In dieser Frage hätten die Landesregierungen mehr Weitsicht beweisen können.“
(02/12/15)

dbb Chef lehnt „unwürdige Feilscherei“ ab - Tarifabschluss auf Landes- und Kommunalbeamte übertragen

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat die unmittelbare Zusage der Länder Bayern, Hamburg und Rheinland-Pfalz für eine Übernahme des Tarifabschlusses für die Landesbeschäftigten auf die Landes- und Kommunalbeamtinnen und -beamten begrüßt. Gleichzeitig forderte der dbb Chef am 30. März 2015 alle übrigen Länder auf, die Einigung zwischen Gewerkschaften und Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) ebenfalls zeit- und wirkungsgleich auf ihre Beamten und Versorgungsempfänger zu übertragen.

„Wir brauchen jetzt keine unwürdige Feilscherei, sondern zügig spürbare Signale der Wertschätzung. Denn auch die Beamtinnen und Beamten machen Tag für Tag und rund um die Uhr ihren Job und haben ein Anrecht auf Teilhabe an der finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung“, machte Dauderstädt deutlich.

Am 28. März 2015 hatten sich dbb und ver.di mit der TdL auf einen Tarifkompromiss für die rund 800.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Länder geeinigt. Demnach erhalten die Beschäftigten ab 1. März 2015 2,1 Prozent und ab 1. März 2016 weitere 2,3 Prozent, mindestens aber 75 Euro mehr Gehalt. Die monatlichen Ausbildungsentgelte werden ab 1. März 2015 um einen Festbetrag in Höhe von 30 Euro und ab 1. März 2016 um einen weiteren Festbetrag in Höhe von 30 Euro erhöht.

Unmittelbar nach dem Abschluss der Verhandlungen erklärten Bayern, Hamburg, und Rheinland-Pfalz, den Tarifabschluss zeit- und wirkungsgleich auf ihre Landes- und Kommunalbeamten übertragen zu wollen. Auch Mecklenburg-Vorpommern tendiert zu einer wirkungsgleichen Übernahme, hier hatten die Beamtinnen und Beamten bereits zum 1. Januar 2015 eine Besoldungserhöhung in Höhe von zwei Prozent erhalten.

Aus Berlin, Brandenburg, Bremen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gibt es derzeit noch keine Signale zu einer Übernahme des TdL-Ergebnisses – noch werde beraten, heißt es. In Nordrhein-Westfalen und Schleswig-

Holstein haben sich dbb und Landesregierung jeweils bereits zu konkreten Gesprächen über die künftige Beamtenbesoldung und -versorgung auf Grundlage des vorliegenden Tarifabschlusses für die Arbeitnehmer verabredet. Auch im Saarland werden Gespräche zwischen dbb und Landesregierung angestrebt. Hier geht das Landeshausgesetz aktuell von einer maximalen Besoldungserhöhung in Höhe von jeweils nur 1,5 Prozent für 2015 und 2016 aus. In Baden-Württemberg sorgten Äußerungen der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen und SPD für Verärgerung, die bereits vor dem Abschluss der Tarifverhandlungen mit der TdL angekündigt hatten, man werde auch das Tarifergebnis 2015/2016 wieder nur zeitversetzt auf den Beamten- und Versorgungsbereich des Landes übertragen. In Niedersachsen soll es entsprechend Verlautbarungen der Landesregierung bei der im Haushaltsgesetz eingestellten Anhebung der Beamtenbezüge um 2,5 Prozent zum 1. Juni 2015 bleiben. Für den Fall, dass es zu linearen Abstrichen für die Beamtinnen und Beamten kommen sollte, haben bereits mehrere dbb Landesbünde, beispielsweise BBW und dbb saar, Verfassungsklagen angekündigt.

Das Land Hessen bleibt als Nicht-Mitglied der TdL außen vor und verhandelt eigenständig mit den Gewerkschaften für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Landes. Nächster Verhandlungstermin dort ist 14./15. April 2015. In Sachen Übertragung des angestrebten Tarifabschlusses auf die Landes- und Kommunalbeamten hat sich das Land noch nicht konkret geäußert.
(03/12/15)

Tarifeinigung für Lehrkräfte:

Tarifpolitik verantwortlich gestalten – Entgeltordnung weiterentwickeln

(dbb) Der in der Einkommensrunde 2015 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) am 28. März 2015 ausgehandelte Einstieg in eine Entgeltordnung für angestellte Lehrer hat in den vergangenen Tagen für Diskussionen gesorgt. Im Zentrum der Medienberichterstattung standen Vorwürfe der GEW, die den in Potsdam erzielten Kompromiss nicht mittragen wollte, und jetzt öffentlich davon spricht, dass „der dbb uns in den Rücken“

cken gefallen“ sei. In seinem aktuellen Flugblatt „Sachlich bleiben!“ bezieht der dbb Stellung und stellt klar, dass es vernünftiger ist, das Ziel in Etappen zu erreichen, wenn der große Sieg nicht gelingen will. „ Wer sich jetzt in die Meckerecke stellt und Dolchstoßlegenden erfindet, hilft den Kolleginnen und Kollegen in den Lehrerzimmern keinen Deut.“

Es habe zu Beginn der Verhandlungen natürlich weitergehende Forderungen gegeben, die der dbb gemeinsam mit der GEW formuliert hatte. Am Ende sei aber nur die schwierige Entscheidung geblieben, an den Maximalforderungen festzuhalten, alle Lehrkräfte der EG 9 bis EG 11 eine Entgeltgruppe höher einzugruppieren oder einen Kompromiss einzugehen: „Wir haben den Teufelskreis der Misserfolge durchbrochen und damit den Einstieg in eine Entgeltordnung geschafft, die zum 1. August 2015 in Kraft tritt. Die Eingruppierung aller Lehrkräfte in den Ländern wird zukünftig durch einen einheitlichen Tarifvertrag zwischen der TdL und dem dbb geregelt, der uns das Erhe-

ben von Tarifforderungen ermöglicht. Die Richtlinien der Länder und der TdL mit ihren Differenzierungen zwischen Ost und West gehören damit der Vergangenheit an. Verschlechterungen für Beschäftigte infolge der Einführung der Entgeltordnung sind ausgeschlossen.“

Der dbb und seine Fachgewerkschaften werden auch in Zukunft verantwortlich Tarifpolitik für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gestalten, heißt es in dem Flugblatt weiter. Dazu zähle auch die Weiterentwicklung der Entgeltordnung für Lehrkräfte: „Ob das mit der GEW geschehen wird, hängt von ihr selbst ab.“ (04/12/15)

dbb begrüßt erste Länder-Entscheidungen zur Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten- und Versorgungsempfänger

(dbb) Unmittelbar nach der Einigung für die 800000 Tarifbeschäftigten der Länder kündigte der bayerische Finanzminister Söder an, das Ergebnis des Tarifabschlusses eins zu eins für die Beamten des Freistaats zu übernehmen. Der entsprechende Gesetzentwurf liegt seit dem 1. April 2015 vor. Auch die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Dreyer sicherte die zeit- und wirkungsgleiche Übernahme für die Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfänger zu. Die Hamburger Landesregierung hatte dies bereits während der Tarifverhandlungen zugesagt. „Nach Jahren einer gesetzlich festgeschriebenen, aber umstrittenen Besoldungserhöhung von lediglich einem Prozent ohne Rücksicht auf die deutlich höher ausgefallenen Tarifabschlüsse, ist das die überfällige Rückkehr zu bewährter Praxis“, erklärte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik, Hans-Ulrich Benra, am 2. April 2015 in Berlin.

Der dbb begrüße grundsätzlich diese Erklärungen zu der berechtigten Teilhabe der Beamten und Versorgungsempfänger in den Ländern am Tarifergebnis und erwarte, dass alle Bundesländer zeitnah dem Beispiel von Hamburg,

Bayern und Rheinland-Pfalz folgen, damit auch Beamte und Versorgungsempfänger an der allgemeinen Einkommensentwicklung partizipieren können, so Benra. (05/12/15)

Wildfeuer: Lohnlücke im öffentlichen Dienst durch geschlechtergerechte Beurteilungen verringern

(dbb) „Obwohl die Bezahlung im öffentlichen Dienst grundsätzlich keinen Unterschied zwischen den Geschlechtern macht, gibt es dennoch eine Differenz von 7 Prozent, die weibliche Beschäftigte weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen“, darauf hat die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, Helene Wildfeuer, am 26. März 2015 anlässlich ihres Treffens mit der stellvertretenden Leiterin der Gleichstellungs-Abteilung im Bundesfamilienministerium, Annette Maltry, noch einmal eindringlich hingewiesen.

„Insbesondere Teilzeit wirkt als Karrierekiller, und das Gros der Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Ihre Leistungen werden oftmals in den für ihre Karriere entscheidenden dienstlichen Beurteilungen nicht entsprechend gewürdigt“, so Wildfeuer weiter. Die Beurteilung erfolge oft nach dem Motto: weniger Arbeitszeit gleich weniger gute Leistung.

Helene Wildfeuer und Annette Maltry zeigten sich einig, dass die Lohnlücke im öffentlichen

Dienst durch geschlechtergerechte Beurteilungen verringert werden könnte. Sie vereinbarten, die intensive Zusammenarbeit des Ministeriums und der dbb bundesfrauenvertretung auch in Zukunft fortzusetzen zum Beispiel bei der Erarbeitung des Entwurfs für das von Ministerin Manuela Schwesig angekündigte Lohngerechtigkeitsgesetz.
(06/12/15)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Tarifabschluss für die Beschäftigten der Länder: dbb Landesbünde nehmen Stellung und fordern Übertragung auf Beamte und Versorgungsempfänger

(dbb) Das Tarifergebnis für die Beschäftigten von Bund und Kommunen vom 28. März 2015 wurde auch von dbb Landesbünden positiv bewertet. Vorrang habe nun die zügige Übertragung auf die Landes- und Kommunalbeamten sowie die Versorgungsempfänger im Landesdienst.

In Bayern bewertete dbb Landeschef Rolf Habermann den Tarifabschluss als „tragfähigen Kompromiss“ und freute sich zugleich über „superschnelle“ Reaktion des bayerischen Finanzministers Dr. Markus Söder. Söder hatte unmittelbar nach Bekanntgabe des Ergebnisses die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme der Erhöhung für die Beamten und Versorgungsempfänger des Freistaats erklärt. „Diese schnelle Reaktion bestätigt erneut die positive Einstellung der Staatsregierung zu ihren Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfängern und setzt die Reihe positiver Entscheidungen der vergangene Jahre fort“, so Habermann weiter.

Volker Stich, dbb-Vize und Vorsitzender des BBW Beamten Tarifunion, forderte von der rot-grünen Landesregierung in Baden-Württemberg mit Nachdruck die Eins-zu-eins-Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamten- und Versorgungsbereich und untermauerte seine Forderung mit den Hinweis, dass schließlich alle Regierungen in der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) grünes Licht für den Tarifabschluss gegeben hätten, sich also des Kostenpakets für die Beamten bewusst gewesen seien. Wenn Grün-Rot die Anpassung von Besoldung und Versorgung er-

neut um bis zu zwölf Monate verschiebt, bedeute dies für Beamte im höheren Dienst eine Nullrunde, stellte der BBW-Chef klar. In diesem Fall bliebe dem BBW wahrscheinlich nur noch der Gang nach Karlsruhe. „Es sei denn, die Landesregierung lenkt ein und überträgt die Tarifsteigerungen ohne Verzögerung.“

Auch im wirtschaftlich klammen Berlin hält dbb Landeschef Frank Becker eine Übertragung des „moderaten“ Tarifabschlusses auf die Beamten und Versorgungsempfänger für möglich: So könne ein weiterer Rückstand Berlins im Vergleich zu den Vergütungen im öffentlichen Dienst anderer Bundesländern verhindert werden. „Auch für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Berlin ist es ganz besonders wichtig, dass die Bezahlung von Angestellten und Beamten im Gleichklang ist und damit wieder gerechter wird“ machte Becker deutlich.

Ralf Roggenbuck, der Vorsitzende des dbb brandenburg, hob unmittelbar nach dem Ende der Tarifverhandlungen in Potsdam die Bedeutung der Übertragung auf den Beamtenbereich hervor. „Für unsere Brandenburger Beamtinnen und Beamten sowie Pensionäre/innen hat jetzt die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme oberste Priorität. Im Hinblick auf die Ausgewo-

genheit und Gerechtigkeit der Bezahlung im öffentlichen Dienst muss der Gleichklang der Statusgruppen gewahrt bleiben. Dazu erwarten wir jetzt ein deutliches Signal von der Landesregierung.“

Der Vorsitzende des dbb mecklenburg-vorpommern, Dietmar Knecht, betrachtet den Tarifabschluss als einen „harten Kompromiss mit viel Licht, aber leider auch viel Schatten“: Immerhin ist es gelungen, bei Gegenrechnung der Teuerungsrate den Anschluss an das Tarifergebnis bei Bund und Kommunen aus dem letzten Jahr zu halten“, sagte Knecht. „Für uns ist die Einkommensrunde allerdings erst dann beendet, wenn die monetären Bestandteile des Abschlusses zeit- und inhaltsgleich auf die 17 100 Beamtinnen und Beamten in Mecklenburg-Vorpommern übertragen wurden. Hier haben wir insbesondere 2016 Regelungsbedarf.“

„Klare Kante zeigen“ bezüglich der Übertragung auf den Beamten- und Versorgungsbe- reich möchte der Niedersächsische Beamten- bund NBB: „Unsere Position für den Umgang mit dem Tarifergebnis für die Tarifbeschäftig- ten der Länder bezogen auf die Umsetzung auf den Bereich der Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfänger/innen des Landes Nie- dersachsen und seiner Kommunen ist unmiss- verständlich. Weil das Ergebnis auf die Kalen- derjahre 2015 und 2016 gesehen mehr Geld in die Portemonnaies unserer Kolleginnen und Kollegen spülen würde, als die gesetzlich be- reits verankerte Erhöhung, erwarten wir sofortige Gespräche darüber, wie ein entsprechen- der Ausgleich aussehen kann. Dazu ist die Nachbesserungsklausel von Seiten der Landes- regierung mit der Einleitung des Paradigmen- wechsels ja angekündigt worden. Wir stehen dafür kurzfristig bereit“, sagte NBB- Vorsitzender Friedhelm Schäfer.

Der Vorsitzende der Tarifkommission des DBB NRW, Andreas Hemsing zeigte sich einigerma- ßen zufrieden: „Eine Angleichung an den TVöD ist gelungen, aber wir hätten uns durchaus mehr gewünscht. Jedoch unter den Umstän- den, dass sowohl die Sicherung der VBL- Zusatzversorgung, wie auch die Entgeltord- nung der Lehrer die Verhandlungen erschwert haben, ist das Ergebnis als Erfolg zu beurtei- len.“ DBB NRW-Chef Roland Staude forderte von der NRW-Landesregierung die zügige zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifer-

gebnisses auf den Besoldungsbereich. „Setzen Sie jetzt ein deutliches Signal und zeigen Sie Ihren Beamtinnen und Beamten in Nordrhein- Westfalen, dass sie es wert sind. Damit könn- ten Sie verloren gegangenes Vertrauen wieder ein Stück weit zurück gewinnen.“

„Gut, dass der Knoten durchgeschlagen wur- de,“ sagte die Vorsitzende des dbb rheinland- Pfalz, Lilli Lenz. „Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Landes- dienstes in Rheinland-Pfalz wird das Ergebnis ihre Beteiligung an der allgemeinen Einkom- mensentwicklung mit einer durchschnittlichen Steigerung von insgesamt 4,61 Prozent sicher- stellen.“ Der dbb Landesbund begrüße auch das Signal der Landesregierung, das lineare Ergebnis deckungsgleich auf Besoldung und Versorgung der Landes- und Kommunalbeam- ten zu übernehmen. Lilli Lenz: „Ministerpräsi- dentin Malu Dreyer hält ihr Versprechen zum Lüften des `5 x 1%´-Besoldungsdeckels, das sie vor elf Monaten gegeben hat. Das ist gut und richtig. Der stetige Einsatz des dbb und seiner Mitgliedsorganisationen gegen die seit 2012 wirkenden Mini-Besoldungsanpassungen zahlt sich jetzt aus.“

„Als ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung“, hat der Sächsische Beamtenbund SBB die An- kündigung des Finanzministers Georg Unland bezeichnet, sich für die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses für die säch- sischen Beamten und Versorgungsempfänger auszusprechen. „Aus Sicht des SBB geht es bei der Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtenschaft nicht nur um ein formales Ge- setzgebungsverfahren, sondern um eine Frage der Gerechtigkeit. Angestellte und Beamte engagieren sich gemeinsam für den Freistaat. Diese Leistung muss deshalb auch in ihrer Gesamtheit anerkannt werden.“

„Jetzt ist die Landesregierung gefordert, ein klares Signal an die Beamten zu geben“, mel- dete sich in Magdeburg der Landesvorsitzende des dbb sachsen-anhalt, Wolfgang Ladebeck, zu Wort. „Auch die Beamten im Land und in den Kommunen haben einen Anspruch auf Anpassung der Besoldung und Versorgung an die allgemeine Einkommensentwicklung. Sie erwarten deshalb zu Recht, dass die Landes- regierung jetzt schnell einen Gesetzentwurf vor- legt, der den materiellen Gehalt der Tarifeini- gung ohne Wenn und Aber 1:1 auf die Beam-

ten in Sachsen-Anhalt überträgt“, sagte Ladebeck.

Eine „zum Wohle aller möglichst geräuschlose“ Umsetzung des Tarifabschlusses auf den Beamtenbereich hält auch die Vorsitzende des dbb schleswig-holstein, Anke Schwitzer, für geboten: „Finanzministerin Heinold hat sich ausdrücklich zur Tarifgemeinschaft bekannt und den Abschluss anerkannt. Nun muss sie sich aber auch bekennen zum Attraktivitätsprogramm des Ministerpräsidenten – der öffentliche Dienst muss seine Anziehungskraft für die besten Köpfe behalten. Wir sind uns aber sicher, dass die Ministerin dies in ihrem Handeln berücksichtigen wird“, sagte Schwitzer. Am 1. April 2015 führte der dbb Landesbund in dieser Angelegenheit ein erstes Positionsgespräch mit der Finanzministerin.

Auch Helmut Liebermann, der Vorsitzende des Thüringer Beamtenbund tbb nahm nach dem Tarifabschluss umgehend die Situation der Beamten ins Visier: „ Einer Übernahme für die etwa 30.000 Beamtinnen und Beamten im Landes- sowie etwa 5.000 im kommunalen Dienst steht nichts im Wege - es sind ausreichend Mittel im Landeshaushalt vorhanden“, stellte Liebermann klar. „Der Abschluss an sich ist angemessen und in seinem Umfang vergleichsweise bescheiden. Die Tarifbeschäftigten im Landesdienst werden damit aber wenigstens nicht abgehängt von der allgemeinen Einkommensentwicklung. Andererseits ist der Abschluss aber so moderat, dass eine Übernahme keine unlösbare Aufgabe für die Landesregierung darstellt.“

(07/12/15)

Tarifeinigung Länderbeschäftigte: VBE begrüßt Einstieg in Entgeltordnung für Lehrkräfte

(dbb) „Die Arbeitgeber haben die Botschaft der mächtigen Warnstreiks von Lehrerinnen und Lehrern im letzten Moment doch noch verstanden“, betonte VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann nach dem Abschluss der Tarifverhandlungen öffentlicher Dienst der Länder am 28. März 2015. „Der Einstieg in eine Entgeltordnung für tarifangestellte Lehrkräfte ist nicht mehr als ein Einstieg, aber es ist endlich der Einstieg in Richtung einer gerechteren Bezahlung.“

Für den VBE stehe jetzt schon fest, dass das Thema Entgeltordnung Lehrkräfte „ein Dauerbrenner im Kalender der nächsten Tarifverhandlungen öffentlicher Dienst bleiben muss“, so Beckmann weiter.

„Die heute offerierten 30 Euro mehr für die Kolleginnen und Kollegen mit vollständiger Lehrerausbildung, die in den Entgeltgruppen 9 bis 11 eingruppiert sind, bedeuten in keiner Weise, dass der ungerechtfertigte Einkommensabstand zwischen den tarifangestellten und verbeamteten Lehrkräften überwunden ist. Es ist aber erreicht, dass in den künftigen Runden auf der Basis eines Tarifvertrags verhandelt werden kann. Das ist ein Meilenstein, wenn auch vorerst ein kleiner. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) schafft sich das Problem ungerechter Bezahlung im Lehrkräftebereich nicht vom Hals. Das muss klar sein.“

Jens Weichelt, stellvertretender VBE-Bundesvorsitzender und Mitglied der dbb Ver-

handlungskommission, erklärte: " Die heutigen Ergebnisse der Tarifverhandlungen sind nur zustande gekommen, weil die Tarifbeschäftigten in den Ländern und vor allem zehntausende Lehrerinnen und Lehrer mit Warnstreiks und Protestkundgebungen sehr starken Druck gemacht haben. Die Blockadeversuche der TdL hatten deshalb keine Chance. Es ist positiv zu bewerten, dass nun endlich der Einstieg in eine Entgeltordnung Lehrkräfte durchgesetzt wurde. Es ist auch ein bedeutsamer Erfolg, dass endlich eine Perspektive in der Ost-West-Angleichung der Jahressonderzahlung vereinbart worden ist."

(08/12/15)

Warnstreiks bei der Deutschen Post - DPVKOM: fordert Bemessungstarifvertrag und Arbeitszeitverkürzung

(dbb) Zahlreiche Zustellerinnen und Zusteller beteiligten sich am 1. April 2015 im schleswig-holsteinischen Rendsburg und in Magdeburg an den Warnstreiks in Zustellstützpunkten und Briefzentren bei der Deutschen Post, zu denen die DPVKOM am 31. März aufgerufen hatte. Dabei bekräftigten die Beschäftigten der Deutschen Post die Forderung nach Abschluss eines Bemessungstarifvertrages und der Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 38 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Auch in der Briefniederlassung Saarbrücken gingen DPVKOMler in den Warnstreik. In den kommenden Tagen wird es zu weiteren Arbeitsniederlegungen bei der Deutschen Post kommen. Streikschwerpunkte sind dann Briefniederlassungen in Nordrhein-Westfalen und im Norden der Republik.

„Die Verantwortung für diese Warnstreiks trägt allein die Deutsche Post. Die Mitarbeiter sind es satt, dass sie bis zur totalen Erschöpfung arbeiten müssen, nur damit der Postvorstand seine völlig überzogenen Gewinnerwartungen realisieren und die Interessen der Aktionäre befriedigen kann“, kommentierte der DPVKOM-Bundesvorsitzende Volker Geyer die Aktionen. „Die Deutsche Post sollte diesen Warnschuss ernst nehmen.“

Mit dem Streik will die DPVKOM ihrer Forderung nach Abschluss eines Bemessungstarifvertrages und der Reduzierung der Wochenarbeitszeit Nachdruck verleihen. Ziel des Bemessungstarifvertrages ist es, die mehr als 85.000 Brief- und Verbundzusteller wirksam vor Überlastung zu schützen, indem die Arbeitsmenge gerechter verteilt wird. Das Tarifwerk sieht unter anderem Zeitzuschläge für ältere Beschäftigte ab dem 50. Lebensjahr sowie ein Mitspracherecht der Betriebsräte und der Gewerkschaft bei der Festlegung der Bemessungswerte vor. Viele Zusteller sind oder wer-

den krank, weil sie das immense Arbeitsaufkommen nicht mehr bewältigen können. So liegt der Krankenstand im Unternehmensbereich Brief mittlerweile bei knapp 10 Prozent und damit mehr als doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt aller Wirtschaftsbranchen.

Mit ihrer Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung reagiert die DPVKOM auch darauf, dass die Deutsche Post mit der Gründung der 49 DHL-Delivery-Gesellschaften ihre eigenen Haustarifverträge unterläuft. „Es kann nicht sein, dass gerade die Mitarbeiter mit dem härtesten Job im Unternehmen, nun noch weniger verdienen sollen. Die Deutsche Post hat im vergangenen Jahr einen Gewinn von knapp drei Milliarden Euro erzielt, davon fast 1,3 Milliarden Euro allein im Brief- und Paketgeschäft. Das Unternehmen steht wirtschaftlich glänzend dar. Davon müssen auch diejenigen profitieren, die dies erwirtschaftet haben. Deshalb ist eine Arbeitszeitverkürzung für alle Postmitarbeiter gerechtfertigt“, so Volker Geyer. (09/12/15)

DPoIG befürwortet europaweite Durchführung des „Blitz-Marathons“

(dbb) Der bevorstehende „Blitz-Marathon“, der erstmalig auch europaweit durchgeführt wird, ist nach Auffassung der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) ein geeignetes Mittel zur Verbesserung der Verkehrssicherheit. „Was ursprünglich im überschaubaren Rahmen in Nordrhein-Westfalen unter dem eingängigen Begriff ‚Blitz-Marathon‘ begonnen hat und dann auf das Bundesgebiet ausgeweitet werden konnte, hat sich nun als so überzeugend und verkehrssicherheitspolitisch nachvollziehbar erwiesen, dass zahlreiche europäische Länder mitziehen“, sagte DPoIG-Chef Rainer Wendt am 31. März 2015 in Berlin. Am 16. April werden in 21 europäischen Länder an flächendeckende Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt. Sie wollen auf diese Weise verdeutlichen, welche Bedeutung einer angemessenen Geschwindigkeit im Straßenverkehr zukommt.

Zu hohe Geschwindigkeiten gehören zu den Hauptursachen von Verkehrsunfällen, die oft-

mals unbeschreibliches Leid zur Folge haben. Daher unterstütze die DPoIG alle gezielten

Verkehrsüberwachungsmaßnahmen, die der Stärkung der Verkehrssicherheit dienen, so Wendt. „Der Blitz-Marathon ist eine richtige Antwort auf das hemmungslose Rasen verantwortungsloser Fahrer, die Menschenleben tausendfach in Gefahr bringen. Leider ist die Polizei viel zu selten in der Lage, derartig pla-

nungsintensive Aktionen durchzuführen. Annähernd 27.500 im letzten Jahr im Straßenverkehr ums Leben gekommene Bürgerinnen und Bürger in den EU-Staaten, davon allein 3.368 in Deutschland sind immer noch zu viel.“
(10/12/15)

dbb berlin weist versuchte Diffamierung des stellvertretenden Landesvorsitzenden zurück

(dbb) Als „klar erkennbaren Versuch, von eigenen extremistischen Machenschaften abzulenken und die Berliner Polizei in eine rechtsextreme Ecke zu drängen“, wertete der dbb berlin die jüngsten Veröffentlichungen der linken Antifa-Bewegung über eine mehr als 26 Jahre zurückliegende Mitgliedschaft des Berliner Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) und stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden Bodo Pfalzgraf bei den Republikanern.

Tatsächlich habe Pfalzgraf - insbesondere gegenüber dem dbb - nie ein Geheimnis aus seiner Mitgliedschaft in der seinerzeit im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Partei der Republikaner gemacht. Pfalzgraf habe allerdings bereits nach 20 Monaten „die Unmöglichkeit seines Unterfangens erkennen müssen, eine demokratische und konservative Partei zu gestalten“ und in einer Presseerklärung seinen Austritt aus der Partei bekannt gegeben, heißt

es im Newsletter des dbb berlin vom 27. März 2015.

Offensichtlich versuche die linke Antifa im Vorfeld erhoffter Krawalle am 1. Mai mit der Polizei ein rechtes Feindbild aufzubauen. Dies werde seitens des dbb berlin verurteilt: Mit ihrem Vorgehen habe diese Gruppierung ihre wirkliche Zielrichtung zu erkennen gegeben.
(11/12/15)

tbb Spitze führte erste Amtsgespräche mit Landwirtschaftsministerin Birgit Keller und Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee

(dbb) Der Vorsitzende des Thüringer Beamtenbundes (tbb) Helmut Liebermann und sein Stellvertreter Andreas Schiene sind am 30. März 2015 zu ersten Arbeitsgesprächen mit der Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft, Birgit Keller, sowie dem Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft, Wolfgang Tiefensee, zusammengetroffen. Beide Minister hatten die Amtsgeschäfte im Dezember 2014 aufgenommen.

Ministerin Keller die tbb Vertreter nutzten den Antrittsbesuch, um einige drängende Themen, wie etwa die durch die Umstrukturierung der Ministerien anstehenden Umzüge der Mitarbeiter zu erörtern und grundsätzliche Positionen für die zukünftige Zusammenarbeit auszutauschen. tbb-Chef Liebermann sprach auch die weiter offene Problematik des Stellenabbaus an: „Ohne Aufgabenverzicht und Aufgabenverlagerung führt der Personalabbau zu Arbeitsverdichtung, die viele Beschäftigte krank macht.“

Der konstruktive Gedankenaustausch mit Minister Tiefensee wurde von beiden Seiten als

Auftakt für eine ergebnisorientierte Zusammenarbeit in den kommenden Monaten und Jahren verstanden. Tiefensee betonte, dass die zwischen tbb und Landesregierung geschlossene Beteiligungsvereinbarung auch künftig eine entscheidende Grundlage für eine frühzeitige Einbeziehung des tbb bei interessierenden Vorhaben der Landesregierung sei. Breiten Raum nahmen auch Überlegungen ein, wie das Image des öffentlichen Dienstes in Thüringen verbessert werden kann. Weitere Gesprächsthemen waren unter anderem Verfahrensweisen bei Umstrukturierungen, Personalentwicklung und Gesundheitsmanagement.
(12/12/15)

Namen und Nachrichten

(dbb) „Ich bin froh, dass sich unser aller Einsatz gelohnt hat. Aber jetzt müssen die Ergebnisse auch auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden“, mit diesen Worten bewertete Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, **Helene Wildfeuer**, noch in der Nacht vom 28. März 2015 den Tarifabschluss für die Länderbeschäftigten. „Bislang haben Bayern, Hamburg und Rheinland-Pfalz diese Übertragung angekündigt. Wir werden uns auch dafür stark machen, dass die anderen Länder nachziehen, damit deren Beamtinnen und Beamten nicht von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgeschnitten werden!“

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), **Rainer Wendt** wählte ein Beispiel aus seinem Bereich, um die Notwendigkeit einer Übertragung des Tarifabschlusses Länder auf den Beamtenbereich zu verdeutlichen: „Gerade am Beispiel der Bereitschaftspolizei wird deutlich, wie ungerecht und absurd das Verhalten mancher Länder ist. Die Tausenden Einsatzkräfte aus allen Ländern stehen fast an jedem Wochenende in Großesätzen, um bei Fußballrandalen oder Krawallen im Zusammenhang mit Demonstrationen den Kopf hinzuhalten“, sagte Wendt am 30. März 2015. „Der Polizeidienst ist von Flensburg bis Passau gleich gefährlich, aufreibend und belastend. Es ist schon schlimm genug, dass die Besoldung ohnehin mehr und mehr auseinanderdriftet. Jetzt braucht die Polizei ein starkes Signal, dass die Worte von Solidarität zur Polizei nicht nur Sonntagsreden sind.“

„Es ist ein Trugschluss, dass Schülerleistungs-
vergleiche, Kompetenzorientierung und Bildungsstandards hinreichende Instrumente sind, damit Schule jedem Schüler die individuelle Förderung geben kann, um den höchstmöglichen Bildungsabschluss zu erreichen“, warnte der Bundesvorsitzende des Verband Bildung und Erziehung (VBE), **Udo Beckmann** am Rande des fünften Internationalen Gipfeltreffens der Lehrberufe (International Summit on the Teaching Profession ISTP), der am 29. und 30. März 2015 im kanadischen Banff stattfand. „Dieses Vermessen bewirkt

einen erheblichen Druck auf Schüler und Lehrer, ignoriert die konkreten Bedingungen der Schule vor Ort. Es müssen aber von der Politik die nötigen Ressourcen bereitgestellt werden, um Unterricht zu verbessern und Lehrern gezielte Fortbildung zu geben“, so Beckmann weiter. Der VBE-Chef war als Mitglied der deutschen Delegation nach Kanada gereist. Veranstalter des ISTP sind die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Education International (EI), eine globale Dachorganisation von rund vierhundert Bildungsgewerkschaften aus 170 Ländern. 2016 findet der ISTP in Deutschland statt.

Am 25. März 2015 fand das erste Gespräch zwischen Vertretern der Nahverkehrsgewerkschaft (NahVG) des dbb und der Verkehrsgesellschaft Wiesmoor (VGW) unter Beteiligung des Arbeitgeberverbandes Gesamtverband Verkehrsgewerbe Niedersachsen e. V. (GVN) statt. Das Gespräch, dessen Zustandekommen die Arbeitgeber unmittelbar nach dem wirkungsvollen Warnstreik der NahVG am 18. Februar 2015 zugesagt hatten, verlief in konstruktiver Atmosphäre. Die Vertreter der Arbeitgeberseite verkündeten ihren Entschluss, Tarifgespräche mit dem dbb zu führen, die 6. Mai 2015 in Aurich beginnen sollen. Die NahVG fordert für die Beschäftigten der Verkehrsgesellschaft Wiesmoor einen Haustarifvertrag, mit dem die geltenden Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen verbessert und finanzielle Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten für alle Beschäftigten erreichen werden können.

(13/12/15)

Termine zum Vormerken:

Hearing zum Tarifeinheitsgesetz

„Freie Gewerkschaften oder staatlicher Einheitszwang?“
Berlin, 16. April 2015

3. Forum Behindertenpolitik

„Teilhabe in der Kommune – Nichts liegt näher?“
Berlin, 28. - 29. April 2015

11. dbb bundesfrauenkongress

„Erfolgsfaktor Zukunft: Frauen und Männer – gemeinsam stark!“
Potsdam, 8. - 9. Mai 2015

Wir wünschen allen ein frohes und erholsames Osterfest.

